

Wann geht der Folterminister?

Coesfeld - das ist die ganze Bundeswehr

Die Folter wird - ungeachtet der Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Artikel 1 des Grundgesetzes vorschreibt -, wieder enttabuiert. In der Zivilgesellschaft, wie der gegenwärtige Prozess in Frankfurt/M. noch zögernd offen legt. Vor allem in der Militärgesellschaft, und zwar in einer Zeit, da Interventionseinsätze und Angriffskriege auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Wer nicht mehr nur verteidigen will, sondern „Rohstoffquellen und Handelswege“ (Verteidigungspolitische Richtlinien) erobern will, muss auch die Folter als Waffe einsetzen. Und die Bun-

der Folter dasselbe. Es wurde gesagt, wir müssen uns drauf einstellen, - und von der Abwehr zum eigenen Ersteinsatz ist es dann nur ein kleiner Schritt. „Es wäre ... unklug, sie (die Bundeswehrsoldaten) nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden ... Ist

die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“ Diesen nackten Rassismus schrieb der Ausbildungsexperte Oberstleutnant Reinhard Herden

Fortsetzung auf Seite 2

Hände weg von den Renten!



deswehr setzt sie ein.

Stets wurden verbotene oder doch umstrittene Waffen und Kampfformen des Militärs erprobt, indem sie als Waffen und Kampfformen ausgegeben wurden, die der Feind einsetzt - worauf sich das deutsche Militär einzustellen habe. Das war bei den Atomkriegsübungen und Giftwaffenmanövern so, und das ist jetzt wieder bei

Das Jahr 2004 war für den arbeitenden Menschen und vor allem für die Rentner kein gutes Jahr. Die Rentner bekamen

keinen Euro Rentenerhöhung. Sie mußten aber viel mehr für die Lebenshaltung ausgeben. Allein im Gesundheitswesen gab es deutlich höhere Ausgaben: 10 Euro pro Quartal beim Arztbesuch, 5 bis 10 Euro bei Medikamenten in den Apotheken. Also: das Leben wurde teurer, aber mehr Geld stand nicht zur Verfügung.

Im nächsten Jahr wird's noch „toller“. Für die Rentner soll es wieder keinen Euro Rentenerhöhung geben. Dabei kann man jetzt schon davon ausgehen, daß die Lebenshaltung weiter steigen werden. Gleichzeitig werden die Beiträge zur Krankenkasse steigen, und auch der Weg zum Zahnarzt kostet mehr. Bei all diesen Maßnahmen sind die Rentner voll betroffen.

Aber nicht nur das. Jetzt wird auch schon offen über eine allgemeine Rentenkürzung gesprochen. Das ist der Höhepunkt der Frechheit. Begründet wird dies mit der Behauptung, es sei kein Geld vorhanden und jeder müsse „Opfer“ bringen. Stolz wird dann beispielsweise berichtet, daß einige Minister mit gutem Beispiel vorangingen. Auch Topmanager der Industrie und Banken hätten eine solche Absicht geäußert.

Bei ihren Gehältern können sie sich das leisten. Die Rentner würden kein Wort verlieren, wenn auch nur annähernd über das Einkommen verfügten, was diese Leute erhalten. Selbst ohne Gehaltserhöhung bräuchten sie nicht die geringste Einschränkung ihres Lebensstandards zu befürchten. Bei den Rentnern sieht das aber kolossal anders aus: Jeder Euro, den sie weniger erhalten, müssen sie an anderer Stelle einsparen. Deshalb lautet die Forderung der Kommunisten: Hände weg von den Renten!

Fritz Hamm

Fortsetzung von Seite 1

für die Bundeswehrzeitschrift „Truppenpraxis/Wehrausbildung“ Nr. 2/3 1996 nieder.

Und bald wurde die brutale Gewalt eingeübt. In einer Reportage aus der Infanterieschule Hammelburg, aus der später Foltervideos auftauchten, führte ein Experte aus: „Die Soldaten werden in der Infanterieschule auf Extremsituationen vorbereitet, in denen sie Gewalt ausüben oder Gewalt erleiden müssen.“ (*Rundfunkbericht vom 19. 4. 96 im NDR 4*)

Die Bundeswehr folgt auch in dieser Hinsicht dem Vorbild der Nazi-Wehrmacht. Im Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 - zwei Wochen vor dem Überfall auf die UdSSR - hieß es, es sei „eine hasserfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten ... In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch.“

Die neuen Folterfälle, die aus Coesfeld und Ahlen/Westfalen gemeldet werden, gehen einher mit den üblichen Fragestellungen. Vor allem: Warum hat keines der Opfer sich beschwert? Eine Antwort geben die Täter, die Folterer: Sie seien „auf ihren Auslandseinsatz auch so vorbereitet worden.“ Und ein betroffenes Folteropfer, ein ungenannter Rekrut, fügte hinzu, man habe ihnen gesagt, „wir sollten doch froh sein, dass wir so eine gute Grundausbildung bekommen.“ (*lt. Kölner Stadtanzeiger, 27. 11. 04*) Die Opfer fühlten sich nicht als Opfer. Sie bissen die Zähne zusammen. Später beim Auslandseinsatz kann man es dann ja den „kleinen bösen Männern“ zeigen und heimzahlen.

Zudem ist die Behauptung falsch, die Folter an deutschen Rekruten - die Folter wird in der Bundeswehr- und Mediensprache zur „Misshandlung“ - sei unstatthaft, denn sie sei nur für Auslandseinsätze zulässig, zu denen die Wehrpflichtigen keinen Zugang hätten. Wer sich heute der Wehrpflicht unterwirft, obwohl er verweigern könnte, der wird wie ein künftiger Berufs- oder Zeitsoldat behandelt, und er wird entsprechend vorbereitet. Das wissen die Wehrpflichtigen ganz genau, die zur Bundeswehr gehen, weil sie keine andere berufliche Perspektive sehen als die, sich zum Töten und Quälen ausbilden zu lassen. Für Hartz IV gibt es nur jämmerlichen Sold.

Im übrigen stimmt es ja nicht, dass die Folteropfer geschwiegen haben. In den Cafés und Kneipen von Coesfeld waren die Übungen das Stadtgespräch. Gäbe es in diesem Lande eine halbwegs funktionierende Lokalpresse, wären die „Vorfälle“ längst bekannt. Doch wir haben vor al-

lem Arschkriechermedien, niemand will es sich mit den kleinen und großen Bossen und Kommandeuren verderben. Das ist auf allen Ebenen so.

Die größte Heuchelei ist aber aus dem Ministerbüro zu hören, und die Medien plappern es nach: „Klar, konsequent und kompromisslos hat der Verteidigungsminister reagiert. Vorbildlich im Inhalt, soldatisch in der Wortwahl.“ Derartigen Schwachsinn schreibt die Frankfurter Rundschau am 25. 11. 04. Er habe von allem nichts gewusst, und als er es erfuhr, habe er durchgegriffen. Wenn er nichts gewusst hat - die konkreten Fälle spielten sich während seiner Krankheit ab -, dann wirft es auf sein Ministerium ein bezeichnendes Licht. Ist dort nicht bekannt, was in jeder Coesfelder Kneipe bekannt war? Strucks Stellvertreter, ein Staatssekretär und Hauptmann a. D. Walter Kolbow (SPD), wusste offenbar, wie so oft, von nichts. Er wusste ja auch nicht, dass in der Bundeswehr entgegen einem Bundestagsbeschluss noch immer der Nazibomber von Guernica Werner Mölders geehrt wird und dass die Bundeswehr im Kosovo Todesopfer der anti-serbischen Märzrevolte verschwiegen hat. Nach Strucks Rückkehr dauerte es dann immer noch drei Monate, bis der Minister

etwas erfuhr, und er erfuhr es nicht von seinen Offizieren - jedenfalls hat er es durch schnelles Handeln nicht erkennen lassen -, sondern aus dem „Spiegel“. Und dann reagierte er. Nicht ohne festzustellen, dass es sich nicht um „Folter in dem Sinne, dass von Gefangenen Informationen erpresst wurden“, handelte. (*dpa 22. 11. 04*) Der Minister will uns weismachen, die Bundeswehr im Einsatz quält nur die eigenen Leute. Wie tröstlich.

Der Verantwortliche für die polizeilichen Folterpläne von Frankfurt/Main wurde als stellvertretender Polizeipräsident abgesetzt und vor Gericht gestellt. Die Verantwortlichen für militärische Folterpraxis im Ministerium, Struck und Kolbow, sind immer noch im Dienst. Sie gehören auf die Anklagebank. Denn die offiziellen Folterkonzepte, wie sie 1996 aus Hammelburg und aus der „Truppenpraxis/Wehrausbildung“ bekannt wurden, sie sind tägliche Praxis in der Bundeswehr. Und Struck und Kolbow haben es gewusst und geduldet. Übrigens, der Artikel in der „Truppenpraxis/Wehrausbildung“ von 1996 hatte die Überschrift „Die neue Herausforderung - Das Wesen künftiger Konflikte“. Das Wesen künftiger Konflikte ist auch das Wesen der vergangenen gewesen.

Ulrich Sander

CDU/CSU

Patriotismus ist gut gegen Krise

Frau Merkel und Herr Stoiber rühren eifrig die Trommel für deutschen Patriotismus. Wollen sie nur Erbauliches für die deutsche Seele anrühren? Die CDU-nahe „Rheinische Post“ verhehlt nicht die Spekulation auf die Bundestagswahl 2006: Die CDU-Führung folgt „zuerst taktischen und strategischen Überlegungen zur Gewinnung und Zementierung eines nutzbringenden Profils im Kampf um die Macht“. Darum verbindet sie das Pochen auf die deutsche „Leitkultur“ und „nationale Identität“ der Deutschen mit einer Forderung nach „Integration“ von Ausländern, die „unnütze“ ausstößt, um Platz für „nützliche“ zu schaffen, ohne dass Deutschland „überfremdet“ oder „durchrasst“ (Stoiber) wird. Schily wird's danken.

Frau Merkel sieht im „Patriotismus“ vor allem die „Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum“. Leistungskraft und Gemeinsinn entwickeln die Deutschen „aus einem klaren Bekenntnis zur Nation“. Für Stoiber machen „nationale Identität und Bindungen ein Volk stabiler und krisenfester gegen Gefährdungen“. Das scheint bitter nötig zu sein.

Am 29. 11. vermeldet das „Handelsblatt“: „Deutsche Konzerne erhöhen Dividenden um rund 40 Prozent ... Deutschlands börsennotierte Unternehmen verdienen in diesem Jahr so viel wie noch nie und geben einen Großteil der Erträge an ihre Aktionäre weiter ... Geld auf den Tisch, heißt das Motto.“ Am gleichen Tag stellt ein anderes Kapitalblatt, die „Financial Times Deutschland“, dar, wem die Erträge ihrer Arbeit vorenthalten werden: „Der Trend geht landesweit zu Nullrunden, ja teilweise sogar effektiven Lohnkürzungen.“ Der CDU-Wirtschaftsguru Lothar Späth setze „auf eine rund zehnjährige lohnpolitische Trockenzeit, die von weiteren Einschnitten bei den Sozialtransfers (Hartz V, VI, ...) begleitet sein müsse“. Aber es wird schon nicht gefährlich werden für das Kapital - der CDU-Spitzenpolitiker Ole von Beust weiß: „Wer sein Land liebt, sei zu Opfern bereit.“ Für alle Fälle bereitet das „Arbeitgeberlager“ schon mal gegen unnationales Klassendenken eine Millionen-teure Propagandakampagne unter dem Titel „1. FC Deutschland 06“ vor.

Gerd Deumlich

Luxus der Reichen

Nicht Neid – aber Ärger!

Die Armut wächst nicht nur in der fernen „Dritten Welt“, sondern mit immer größerer Geschwindigkeit auch im „reichen“ Deutschland. Die Erwerbslosen fürchten sich vor den drohenden Auswirkungen von Hartz IV. Mehr und mehr Familien müssen jeden Euro zweimal umdrehen, ehe sie ihn für ihren alltäglichen Lebensunterhalt ausgeben. Gleichzeitig lebt eine Gruppe von Menschen wie die „Maden im Speck“. Das sieht in Wirklichkeit wohl so aus, wie das die konservative Zeitung „Die Welt“ am 5. September 2004 beschrieb:

„Wer es sich leisten kann, kauft sich den Dandy unter den Automobilen, den Bentley Continental GT, für 159 000 Euro. Konsequenterweise besteigt er ihn in einer aus dem Leder von sieben Krokodilen in 20 Arbeitsstunden handgefertigten Fransenjacke von Hermès - für 33.600 Euro. Ist das Luxus?“ Wer so leben wolle, „benötigt Erfahrung, ein geschultes Auge, Geduld und vor allem: Geld.“

Wer reisen will wie ein Multimillionär, kauft sich keinen Samsonite mit Schweißnähten. Er ordert den Necessaire-Koffer von S. T. Dupont in der Pariser Avenue de Montaigne und genießt stillschweigend das handgenähte Krokoleder. Das Innenleben besteht aus Chinalack-Flakons für Düfte, Maniküresets, Haar- und Kleiderbürsten, Spiegeln und Schuhaccessoires, die in 600 Arbeitsstunden handgearbeitet wurden. Das Meisterstück kostet 55 000 Euro.“

Welche Leute so im Luxus schwelgen können, das zeigt beispielsweise die Liste von Vorstandsgehältern in dreißig großen Unternehmen. Mit durchschnittlich mehr als 1,4 Millionen € im Jahr – bei den

Vorstandsvorsitzenden liegt der Betrag sogar bei 2,4 Millionen € – fängt ein Leben im völligen und nutzlosen Überfluß an.

raucher „Havanna Lounge“ des Hotels „Frankfurter Hof“, wie die „Offenbach Post“ am 14. August 2004 berichtete.

Rang	Gesellschaft	durchschnittliche Vergütung pro Vorstand in 2003	durchschnittliche Vergütung pro Vorstand in 2002	prozentuale Veränderung	Vergütung Vorsitzender 2003
1	Deutsche Bank	3,728 Mio.	2,064 Mio.	80,57	7,7 Mio.
2	DaimlerChrysler	2,985 Mio.	3,695 Mio.	-19,22	5,2 Mio.
3	E.ON	2,800 Mio.	1,600 Mio.	75,00	4,9 Mio.
4	SAP	2,182 Mio.	0,885 Mio.	146,61	3,4 Mio.
5	Siemens	2,051 Mio.	1,598 Mio.	28,38	3,6 Mio.
6	Schering	1,876 Mio.	1,702 Mio.	10,22	2,2 Mio.
7	RWE	1,670 Mio.	1,430 Mio.	16,81	2,5 Mio.
8	Metro	1,621 Mio.	1,663 Mio.	-2,53	2,8 Mio.
9	Deutsche Telekom	1,609 Mio.	1,670 Mio.	-3,66	2,6 Mio.
10	Allianz	1,594 Mio.	1,387 Mio.	14,93	2,8 Mio.
11	BMW	1,585 Mio.	1,552 Mio.	2,71	2,8 Mio.
12	VW	1,534 Mio.	1,822 Mio.	-15,81	2,7 Mio.
13	Henkel	1,401 Mio.	1,257 Mio.	11,46	2,2 Mio.
14	BASF	1,258 Mio.	1,498 Mio.	-16,01	2,2 Mio.
15	Linde	1,155 Mio.	1,198 Mio.	-3,57	max. 2,3 Mio.
16	Deutsche Börse	1,155 Mio.	0,724 Mio.	59,55	2,2 Mio.
17	Münchener Rück	1,100 Mio.	0,983 Mio.	11,95	1,9 Mio.
18	Deutsche Post	1,098 Mio.	0,871 Mio.	26,06	1,7 Mio.
19	TUI	1,089 Mio.	1,098 Mio.	-0,81	1,9 Mio.
20	Inflinon	1,078 Mio.	0,835 Mio.	29,17	1,9 Mio.
21	Altana	0,994 Mio.	1,214 Mio.	-18,06	1,7 Mio.
22	Continental	0,973 Mio.	0,968 Mio.	0,49	1,7 Mio.
23	Addas-Salomon	0,943 Mio.	0,905 Mio.	4,23	1,65 Mio.
24	Commerzbank	0,915 Mio.	1,189 Mio.	-23,07	1,42 Mio.
25	Bayer	0,911 Mio.	0,891 Mio.	2,22	1,6 Mio.
26	Hypo-Vereinsbank	0,900 Mio.	1,044 Mio.	-13,82	1,4 Mio.
27	ThyssenKrupp	0,887 Mio.	0,791 Mio.	12,21	1,4 Mio.
28	MAN	0,630 Mio.	0,535 Mio.	17,73	0,9 Mio.
29	FMC	0,448 Mio.	0,521 Mio.	-14,03	0,8 Mio.
30	Lufthansa	0,433 Mio.	0,787 Mio.	-45,04	0,8 Mio.
	Durchschnittswert	1,420 Mio.	1,279 Mio.	11,02	2,43 Mio.

Solche Einkommensmillionäre zahlen auch gerne die 2.200 € Aufnahmegebühr und 750 € Jahresbeitrag für eine Mitgliedschaft im exklusiven Kreis der Zigarren-

Die in einem „normalen“ Arbeitsverhältnis Beschäftigten und Erwerbslosen sollten auf ein derart verschwenderisches Leben nicht neidisch sein? Der überschwengliche Luxus zeigt nur, wie „kaputt“ die Gesellschaft der Reichen bereits ist. Denn offenbar sind sie ständig auf der Suche nach immer teureren Gütern, mit denen sie sich von anderen Vermögenden abgrenzen können.

Doch gleichzeitig – und das ist sehr ärgerlich – fordern dieselben Herrschaften von den Beschäftigten, sie sollten in Tarifrunden nicht so hohe Lohnforderungen stellen, wöchentlich möglichst 40 und mehr Stunden arbeiten, auf tarifliche Sozialleistungen „freiwillig“ verzichten und ihren Lebensstandard generell einschränken – damit der „Standort Deutschland“ wieder „wettbewerbsfähig“ werden könne. Die „Maden im Speck“ haben es gerade nötig, anderen „Schonkost“ zu verordnen.

Horst Gobrecht



Sind die Lohnstückkosten in Deutschland höher als anderswo?

Eine Betrachtung der Lohnstückkosten im Vergleich zu 1990 und der einzelnen Länder. Mit überraschenden Erkenntnissen.

"Die Lohnstückkosten in Deutschland sind bis 27 % höher als anderswo!" Mit solchen und anderen Schlagzeilen werden wir konfrontiert. Damit soll uns gezeigt werden, dass Deutschland zu teuer oder anders gesagt – der Lohn zu hoch ist und wir damit nicht wettbewerbsfähig sind.

Aber sind 27% viel oder wenig – das ist die Frage, die ich mir stelle. Dazu habe ich nach Daten gesucht, die zeigen, wie war es vor 5 oder 10 Jahren. Denn der jetzige Zustand sagt meist nicht viel aus. Ein Beispiel gefällig? Ich habe 50.000 EUR – ist das viel oder wenig. Wenn ich vor 10 Jahren nichts hatte, dann ist es viel, wenn ich aber 2 Mill. EUR vor 10 Jahren gehabt hätte, dann ist es wenig. Genau so verhält es sich bei der Standortdebatte bzw. bei den Lohnstückkosten.

Ich habe im Internet recherchiert und keine absoluten Lohnstückkosten in EUR oder DM gefunden. Gefunden habe ich Prozentangaben. Einmal wo Deutschland im Jahr 2003 mit 100% gesetzt war und die anderen Staaten damit verglichen wurden (die genannten 27%) und eine weitere mit Jahreszuwachsdaten ab 1990. Und alle Vergleiche sagen, dass die letzten Jahre Deutschland ein unterdurchschnittliches Wachstum hatte. Das

Land\Jahr	2003	1995	1990
Deutschland	100%	117%	103%
Japan	73%	76%	42%
Kanada	72%	52%	53%
USA	84%	62%	56%
Großbritannien	94%	60%	54%
Frankreich	84%	89%	84%
Niederlande	88%	83%	71%

Bilde Dir Deine eigene Meinung!

Lesen Sie hier, wie Sie sofort und zu einem vernünftigen Preis etwas gegen Ihre Manipulation durch die großen Zeitungen tun können.

Stellen Sie sich vor, Sie sind in Ihrer Stammkneipe. Und plötzlich sagt Ihr Freund zu Ihnen: „Sag mal, was liest Du für eine Zeitung? Du wirst ja immer informiert.“

Das ist kein Märchen. Genau diese Geschichte hören wir von unseren Lesern und Abonnenten immer und immer wieder. Und das Schöne ist: Sie brauchen kein Studierendes zu sein, um Erfolg zu haben. Was das kostet? Das ist das Beste dran: Für ein Jahr Wochenzeitung „Unsere Zeit“ bezahlen Sie nicht mal 99 Euro. Das hat in jedem Haushaltsbudget Platz. Finden Sie nicht auch?

Ein Probe-Abo ist für Sie reserviert. Buchen Sie jetzt gleich per Telefon und überzeugen sich selbst.



0201 24 86 482

CommPress Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen



Unsere Zeit
Zeitung der DKP -
sozialistische Wochenzeitung

führte zur Vermutung, dass es früher viel schlimmer war. Hier das Ergebnis, als ich beide zusammenführte (siehe Tabelle oben):

Ich will nicht behaupten, dass die Prozentzahlen bis zum Komma stimmen, aber der Trend kommt immer raus.

Es stimmt im Jahr 2003 war der maximale Abweichung 27%, im Jahr 1995 immerhin ca. 65% und 1990 ca. 60%. Der Trend sagt aus, dass die Differenz zu Deutschland immer kleiner wird. Also keine Beunruhigung notwendig. Oder gab es 1990 eine Standortdebatte? Und, wie beurteilen Sie jetzt die Standortfrage in Bezug auf die Lohnstückkosten?

Doch das Geschrei hat Methode! Die Unternehmer und mit Ihnen die Politiker wollen unseren Lohn senken, um die Gewinne der Konzerne noch mehr zu erhöhen. Merkt Euch, wenn jemand nur das Heute beklagt, fragt nach dem Trend!

Andreas Bartl

Die Quellen für die Lohnstückkosten sind: WIFO Monatsberichte 9/2003 aus Österreich und IW-Trends 3/2004, zu finden unter www.google.de bei „lohnstückkosten vergleich“

Standpunkt - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: jede ungerade Kalenderwoche donnerstags um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>

Nicht
ver-
ges-
sen:

